und gibt dem Regierungsrate Kenntnis von folgenden seitens des genannten schweizerischen Departementes mit Begleitschreiben vom 2. August durch abschriftliche Kenntnisgabe ergangener Zuschriften eingegangenen weitern Mitteilungen.

a. In seiner Zuschrift vom 19.Juli an Herrn Advokat Dr.Fässler in St.Gallen als Vertreter der Vereinigung schweizerischer Stickerei-Exporteure hat das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement sich folgendermassen vernehmen lassen:

" Wir nehmen gerne davon Notiz, dass Sie die Zeichnungen als unbedingte einholen. Sie gehen jedoch dabei von der Voraussetzung aus, dass alle Firmen mit dem nach den aufzustellenden Grundsätzen auf sie entfallenden Betrag mitmachen, und Sie wahren sich das Recht, selbst zu untersuchen, ob diese Voraussetzung gegeben sei. Sollte dies nicht der Fall sein, so wünschen Sie, berechtigt zu sein,die freiwillige Aktion als gescheitert zu betrachten und der Sache ihren weitern Lauf zu lassen.

Wir wissen nicht, ob Sie von der Annahme ausgehen, dass von sämtlichen in Betracht kommenden Unternehmungen, mit Einschluss der Lohnstickfabrikanten, 90 % mitmachen sollen. Falls dies Ihre Ansicht wäre, so gestatten wir uns doch, darauf hinzuweisen, dass es leicht möglich wäre, dass es Ihnen nicht gelingen würde, diesen hohen Prozentsatz aller Unternehmungen an der Gründung des Nostandsfondes zu interessieren. Wir würden es aber als einen Fehler betrachten, wenn die freiwillige Aktion deshalb ins Wasser fallen sollte und wenn Sie, wie Sie sich ausdrücken, der Sache diesfalls ihren weitern Lauf lassen würden. Wie wir schon mehrere Male Gelegenheit hatten, zu betonen, muss der Notstandsfond unter allen Umständen zusammenkommen, und die Möglichkeit einer negativen Lösung sollte zurzeit als vollständig ausgeschlossen gelten. Wir haben bereits mündlich erklärt, dass wir bereit sind, Sie mit allen Mitteln zu unterstützen, und zu diesen Mitteln zählen wir eventuell auch das, dass diejenigen Unternehmungen, die nicht von sich aus zu Zeichnungen Hand bieten, eventuell durch einen Bundesratsbeschluss zum Beitritt gezwungen werden. Damit aber, dass nachträglich, weil gewisse Kreise nicht mitmachen wollen, das Ganze ins Wasser fällt, könnten wir uns in keinem Falle einverstanden erklären.